

D1

Dringlichkeitsantrag

an die 44. Landesversammlung am 5./6. Dezember 2014 in Dresden

AntragsstellerIn: Georg Jänecke (KV Dresden), Jürgen Kasek (KV Leipzig), Andreas Jahnel (KV Dresden), Eva Jähnigen (KV Dresden), Claudia Maicher (KV Leipzig), LAG Migration, Integration und Antidiskriminierung, Valentin Lippmann (KV Dresden)

Gegenstand: **Für eine offene, demokratische Gesellschaft – gegen antimuslimischen Rassismus und Chauvinismus**

1 Antragstext

2 *Weil sie eine Muslima war, wurde Marwa El-Sherbini am 1. Juli 2009 in*
3 *Dresden ermordet*

4 **1. Gegen Menschenfeindlichkeit und antimuslimischen Rassismus**
5 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen weisen alle Ideologien der
6 Menschenfeindlichkeit offensiv zurück. Antimuslimischer Rassismus
7 bezeichnet den Islam als solchen als rückständig, aggressiv und
8 gewaltvoll und fordert dessen Bekämpfung.
9 Wir GRÜNEN stellen uns dem Problem des aktuellen antimuslimischen
10 Rassismus in Sachsen. Es ist Zeit, sich gegen rassistische Stereotype,
11 offenen Hass und jeder Form der Gewalt gegenüber MuslimInnen zu
12 stellen und sich zu den allgemeinen Menschenrechten und der
13 Religionsfreiheit für alle zu bekennen.
14 Dabei weisen wir das von der sog. „PEGIDA“-Bewegung und anderen
15 benutzte verlogene Konstrukt des christlich-jüdischen Abendlandes
16 zurück. Ein christlich-jüdisches Abendland hat es nie gegeben.
17 Jahrhunderte lang hat das sog. christliche Abendland, JüdInnen
18 ausgegrenzt, vertrieben und ermordet. Der Begriff dient allein den
19 GegnerInnen von Fremden und MuslimInnen, Ängste vor der angeblich
20 drohenden Islamisierung des Abendlandes aufzunehmen und zu

21 verbreitern.
22 Dort wo Unwissenheit herrscht und Ängste entstehen, braucht es auch
23 Aufklärung. Wir GRÜNE setzen uns daher für einen breiten Dialog in den
24 sächsischen Kommunen ein. Parallel heißt es für uns aber immer,
25 Rassismus klar zu benennen und zu bekämpfen.
26 Rassistische Zuschreibungen gegenüber dem Islam oder die Hetze gegen
27 Asylsuchende dürfen nicht hingenommen werden. Die Tolerierung der sog.
28 „PEGIDA“-Bewegung führt zu ihrer politischen Salonfähigkeit und
29 verschleiert ihren rassistischen Mobilisierungskern.

30 **2. Die Flüchtlinge haben das weitaus größere Problem**

31 In Sachsen reißen die Proteste gegen die Aufnahme von Asylsuchenden
32 nicht ab. Wir GRÜNE wissen, in erster Linie haben wir in Sachsen kein
33 „Flüchtlingsproblem“, sondern die Geflüchteten haben das weitaus
34 größere Problem, vor Krieg, Verfolgung oder Perspektivlosigkeit
35 flüchten zu müssen. Sachsen hat alle Möglichkeiten, Geflüchtete
36 aufzunehmen und menschenwürdig unterzubringen und zu versorgen. Wir
37 GRÜNE setzen uns für eine humane Unterbringung von Flüchtlingen in
38 unseren Städten und Gemeinden ein. Eine Unterbringung in Wohnungen ist
39 menschenwürdiger als die Heimunterbringung und birgt auch eine viel
40 größere Chance für die Integration vor Ort. Ein Blick auf die
41 Situation in den Hauptherkunftsländern der Asylsuchenden zeigt, dass
42 die allermeisten Geflüchteten in naher Zukunft nicht zurückkehren
43 können.
44 Wir setzen uns für eine echte Willkommenskultur ein, die Flüchtlingen
45 gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht, sie in ihrem Alltag unterstützt
46 und ihnen damit eine die Möglichkeit zum Ankommen in Deutschland
47 eröffnet. Dazu gehört die Förderung zivilgesellschaftlicher und
48 professioneller Unterstützung durch Bund, Land und Kommunen. Wir
49 danken allen Menschen in Sachsen, die das ihre dafür tun, dass
50 Geflüchtete in Sachsen eine neue Heimat finden können.

51 **3. „Pegida“ entgegentreten - Der Hass auf den Islam bedroht das** 52 **friedliche Zusammenleben**

53 Wenn Proteste gegen die Unterbringung von AsylbewerberInnen offen
54 rechtsradikal sind oder trotz des Versuches, bürgerlich aufzutreten,
55 der Rassismus deutlich wird, müssen GRÜNE diesen Meinungen deutlich
56 entgegentreten.
57 Dies trifft eindeutig bei der sogenannten Bewegung „Patriotische
58 Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (PEGIDA) und ihren
59 Demonstrationen zu.
60 Wer es vergessen haben sollte: In Dresden ist nicht der Islam die
61 Bedrohung für das friedliche Zusammenleben, sondern der Hass auf den
62 Islam. Weil sie eine Muslima war, wurde Marwa El-Sherbini am 1. Juli
63 2009 in Dresden von einem Rassisten im Landgericht Dresden ermordet.
64 Gemeinsamer zivilgesellschaftlicher und demokratischer Widerstand
65 gegen diese neuen Initiativen angeblich besorgter BürgerInnen ist

66 dringend notwendig, weil diese rassistische Stimmungsmache Menschen
67 gefährdet: Rassistisch motivierte Übergriffe auf Menschen mit
68 Migrationshintergrund, auch auf Asylsuchende, und Minderheiten in
69 Sachsen nehmen besorgniserregend zu.

70 **4. Staatsregierung muss Diskriminierungen zurückdrängen und nicht**
71 **verstärken**

72 Nur eine starke Zivilgesellschaft kann sich dagegen wehren, dass das
73 Schüren von Ängsten und Vorurteile nicht das Zusammenleben bestimmt.
74 Darum müssen die Mittel für das Projekt "Weltoffenes Sachsen für
75 Demokratie und Toleranz" auf 5 Mio. Euro aufgestockt und verstetigt
76 werden.

77 Die Staatsregierung muss das Problem des antimuslimischen Rassismus
78 ernst nehmen. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit ist - gegen wen
79 auch immer - eine Bedrohung der Demokratie.

80 Es ist Aufgabe aller Mitglieder der Staatsregierung, Diskriminierungen
81 zurückzudrängen und nicht noch zu verstärken. Wir verurteilen die
82 fahrlässigen Äußerungen von Innenminister Markus Ulbig zur Bildung von
83 Sondereinheiten gegen kriminelle Asylsuchende. Das war Wasser auf die
84 Mühlen jener, die Asylsuchende von vornherein als Bedrohung ansehen
85 und führt zu fortschreitender Stigmatisierung einer ganzen Gruppe. Für
86 uns GRÜNE ist es eine Selbstverständlichkeit, dass der Innenminister
87 für die öffentliche Sicherheit und gegen Kriminalität vorgeht.
88 Populismus wider besseren Wissens, der die landesweite aufgeheizte
89 Stimmung gegen Asylsuchende und MuslimInnen noch befördert, bereitet
90 den Boden für noch mehr Hass.

91 **5. DemokratInnen treten für Religionsfreiheit und gegen Rassismus ein**

92 Wir erwarten von allen demokratischen Parteien ein Eintreten für die
93 Religionsfreiheit und gegen Rassismus. Das gilt auch für Bauten von
94 Religionsgemeinschaften - etwa dem geplanten Moscheebau in Leipzig.
95 Dieses Eintreten fordern wir besonders, wenn sich Vorurteile, Hass und
96 Rassismus auf Einwohnerversammlungen zum Thema Asyl Bahn brechen, wie
97 es vielfach in Sachsen der Fall war und ist.